

Die staatliche Gewalt gegen Kriegsgegner und ein Beispiel, wie unliebsame Demonstrationen verhindert werden

Ein Bericht von der Fahrt der Augsburger Friedensinitiative zur Anti-Nato-Demo nach Kehl/Straßburg

Augsburg, 12.4.2009 Ein Bus der „Augsburger Friedensinitiative“ mit Teilnehmern aus den Gruppen der sozialen und Antikriegsbewegung (Attac bis Pax Christi u.a.) war am 4. April nach Kehl/Straßburg zur Anti-Nato-Demo unterwegs. Die Reisegruppe erlitt hautnah die Polizeiwillkür gegen die Versammlungs- und Demonstrations-Freiheit. Das Erlebte möchten wir möglichst weit gestreut publizieren. Das ist vor allem wegen der völlig verfälschenden Berichterstattung der Massenmedien nötig, um wenigstens in unserem Umfeld zu veranschaulichen, dass systematisch „Ordnungskräfte“ benutzt werden (sich benutzen lassen), eine starke Protestbewegung von unten zu behindern. Deswegen der folgende Bericht:

Zuerst eine symptomatische Beschreibung

Die Verhinderung eines starken Protestes gegen die Fortsetzung der Nato-Kriegspolitik bei der 60 Jahre-Nato-Geburtstagsfeier in Straßburg war schon im Vorfeld beschlossenes Ziel der politischen Eliten.

Die politische Interessenlage bestimmt auch die Planung von Polizeiaktionen, um emotionelle Reaktionen auf Demonstrationenbewegungen im voraus zu steuern. „Gewalt erzeugt Gewalt“ ist ein bewährtes Mittel, mit dem es medienwirksam gelingt, vor der Öffentlichkeit die inhaltlichen Motive der DemonstrantInnen zu verschleiern. In diesem Sinne galt für die Straßburg-Vorbereitungen die Anwendung des provozierenden und zugleich einschüchternden Einsatzes staatlicher Gewalt-Übermacht und sogar die Absicht, Aggressivität von Seiten der Polizeieinsätze zu schüren.

Dass sich beim Nato-Gipfel ausgerechnet die Kriegsgegner so massenhaft artikulieren wollten, wurde von Staatsseite als unerträglich störend empfunden! Wir erlebten einmal mehr, dass wir und andere friedliche DemonstrantInnen schon auf dem Wege zum Versammlungsort durch rigoroses Vorgehen von Polizeieinheiten bei Kontroll- und Abspermaßnahmen immer mehr in unseren Grundrechten eingeschränkt werden.

Konkret unser Demo-Reiseerlebnis

Unser Bus der „Augsburger Friedensinitiative“ wurde über 1¾ Stunden mit 41 Teilnehmern im Alter von unter 20 und bis über 70 Jahre etwa 10 km vor Kehl/Straßburg am Straßenrand durch einen Kontrolltrupp von anfangs ca. 15 PolizistInnen/Polizistinnen gestoppt und auch von einem Sicherheitsposten mit schussbereitem Gewehr überwacht. Nach Überprüfung der mitgeführten Gegenstände und aller zuerst noch einzeln herausgerufenen Personen der jüngeren Generation, die abgetastet und datenmäßig erfasst wurden, hatte die Polizei keinen Anlass zu Beanstandung gefunden.

Im Bus wurde Unmut laut, weil PolizistInnen auf unsere Rückfrage alle jungen Leute als „potenziell verdächtig“ bezeichneten. Die Folge war, dass plötzlich eine Hundertschaft PolizistInnen/Polizistinnen herbeigerufen wurde, die mit einer in der Nähe bereitstehenden Fahrzeugkolonne aus ca. 15 Wagen anrückten, um nun alle DemonstrantInnen „abzuarbeiten“ (Polizeiterminologie). Jetzt wurden jede einzelne Mitfahrerin und jeder einzelne Mitfahrer mit einer besonders schikanösen Überprüfung drangsaliert, durch eine Kontroll-/Festsetzungs-Prozedur, die selbst für Strafverdächtige drastisch wäre. Beanstandungen von uns wurden vom offensichtlich eingeübten Kommentar begleitet, man wolle potenziell Gewaltbereite zurückhalten, damit wir friedlich demonstrieren könnten.

Jede/jeder von uns bekam zwei bis drei Polizeibewachungen, die uns als einzelne Grüppchen teils bis 50 m vom Bus entfernt selektierten und nicht erlaubten, sich fortzubewegen – auch nicht für den Weg zur Bustoilette oder um etwas zu trinken.

Personalausweise wurden eingezogen und die Personalien zur Datenkontrolle eigens in Erfassungsblätter übertragen. Körperabtastungen jüngerer Leute und akribische Kontrolle von

Rucksäcken, Taschen, Kleidungsstücken wurden vereinzelt sogar mehrfach wiederholt.

Nur wer die Prozedur hinter sich hatte, konnte durch eine PolizistInnen-Sperrreihe zu den anderen Mitreisenden, um weiterhin unter Bewachung im Freien zu warten.

Währenddessen beobachtete der Busfahrer, dass im Bus alle persönlichen Gegenstände der Reisenden gefilzt und gefilmt wurden.

Von einem absolut zivil gekleideten jungen Mann wurden nach besonders langwieriger Einvernahme dann ein Rollpulli, ein Dreieckstuch und eine Fahrrad-Regenschutzhose beschlagnahmt. Er erhielt eine Anzeige wegen Vermummungskleidung.

Als wir endlich nach weiteren Kontrollhalts am Stadtrand von Kehl den Bus nach Polizeianweisung verließen, war es für die Auftaktkundgebung bereits zu spät. Wir zogen, wie weitere Bustrupps, in kleinen Gruppen in Richtung Kehl-Bahnhof nahe der Rhein- Europa-Brücke zum Demonstrationzug.



Protest in Kehl - Polizei versperrt Weg zur Europabrücke

Quelle: arbeiterfotografie

Ab mehr als ein km davor war die Straße beidseits mit Absperrgittern und Tausenden gerüsteten schwarzen PolizistInnen eng an eng gesäumt. Ob viele weitere der insgesamt etwa 6 000 anreisenden DemonstrantInnen das Versammlungsziel Kehl überhaupt erreichen konnten, war zweifelhaft.

Am zentralen Sammelpunkt in einem Straßenbereich mit Blick nach Straßburg auf die andere

Rheinseite war der Demozug blockiert durch ein riesiges Aufgebot behelmter und bewaffneter PolizistInnen. Wasserwerfer sperrten zusätzlich den Weg zur Rheinbrücke. Stundenlange Verhandlungen des Organisations-Komitees mit den deutschen Polizeiführern

brachten keine Einigung, den Weg zur Europa-Brücke nach Straßburg freizugeben. Bewundernswert friedlich blieb die abwartende Kolonne der DemonstrantInnen. Jedoch die innere Aggression kochte, nachdem sich die nach und nach verringernde Zahl auf unter 2000 Demonstrierende weiter einer Phalanx bis zehnfacher PolizistInnenzahl gegenüber sah. Als dann von Straßburg die schwarzen Wolken der Brandherde aufstiegen, wurde endgültig klar, dass bei uns nur noch vor Ort eine provisorisch organisierte Schlusskundgebung deutlich machen konnte, dass hier die Staatsmacht mit ihren 15 000 eingesetzten PolizistInnen ihr Gewaltmonopol voll gegen die demokratischen Rechte der Bürger durchgedrückt hatte.

Fazit

Die jüngsten Demos in dieser allgegenwärtigen Krisenzeit verunsichern die Regierenden.

Diese aber proben offensichtlich den Testfall, ob es gelingt, mit rigorosem Einsatz des staatlichen „Ruhe- und Ordnungshüter“-Potentials die DemonstrantInnen im Zaum zu halten. Die Regierenden fürchten aber auch, dass die politischen Motive der DemonstrantInnen über die Nachrichten in den Medien um sich greifen. Deswegen werden Berichte über einzelne Gewaltakte in den Massenmedien forciert und das massive Staatsgewaltaufgebot wird zugleich als friedensnotwendige Maßnahme begründet.

Doch die Welle einer unruhigen und fordernden Protestbewegung aus großen Teilen der Bevölkerung wird ansteigen. Der Showdown aus dieser verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik, deren dramatische Folgen nach und nach immer mehr Menschen einschneidend treffen, hat erst begonnen.

Mit einer starken Bewegung von unten wird sich die Bevölkerung Gehör verschaffen und einen grundlegend neuen Umbau für die Lebensumstände der Allgemeinheit durchsetzen wollen. Dafür werden wir auch neue Strategien entwickeln.

Der Artikel wurde redaktionell leicht überarbeitet

Kleine Presseschau

Betreff: Einsatz der Bundeswehr im Zusammenhang mit dem bevorstehenden NATO-Gipfel in Straßburg/Kehl/Baden-Baden, Jan. 2009

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt (CSU) auf die Frage von Ulla Jelpke an das Bundeskanzleramt vom 13. Januar http://www.ulla-jelpke.de/uploads/0109_buwe-nato-gipfel.pdf

Neues Deutschland 28.3.2009

Nein zur NATO - 60 Jahre sind mehr als genug, Zeitungsbeilage in zwei Teilen

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/60/nd-beilage.html>

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/60/nd-beilage2.html>

GUE/NGL 03. April 2009

Presseerklärung von Tobias Pflüger für die Die Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

NATO Proteste: Polizei blamiert sich

Abgeordnete der LINKEN hatten eine Strategie zur Deeskalation der Ausschreitungen in Strasbourg ausgehandelt. Diese scheiterte am politischen Willen der BAO Atlantik http://www.dielinke-europa.eu/positionen_dokumente/presseerklaerungen/detail/zurueck/pressemeldungen/artikel/nato-proteste-polizei-blamiert-sich/

FAZ 5.4.2009

Der baden-württembergische Innenminister Rech (CDU) hat sich sehr zufrieden über den Polizeieinsatz zum Schutz des Nato-Gipfels geäußert. Die Einsatztaktik für den größten Polizeieinsatz in der Geschichte seines Bundeslandes habe sich bewährt, sagte Rech am Sonntag in Baden-Baden.

Der Innenminister rechtfertigte den Einsatz von 16.000 deutschen Polizisten aus dem Bund und den Ländern mit der abstrakten Gefahr islamistischer Anschläge: Die Nato sei ein zentrales Feindbild islamistischer Terroristen, sagte Rech. Außerdem habe es zum Teil drastische Ankündigungen linksextremistischer Nato-Gegner gegeben. „Ohne diesen Kräfteinsatz hätten wir die Sicherheit der Staatsgäste nicht garantieren können.“ [...]

Die deutsche Sicherheitsstrategie folgte drei Grundsätzen: Große Camps verhindern, den Rhein und die deutsch-französische Grenze als natürlichen „Zaun“ nutzen und den „Schwarzen Block“, soweit möglich, nicht ins Land lassen. Fast 3000 Gipfelgegner hinderte die Polizei in den vergangenen Wochen am Grenzübertritt.

Friedenspolitischer Ratschlag

Wie weiter nach Strasbourg? – Die Friedensbewegung muss Grenzen ziehen und ihr eigenes Profil stärken, von Peter Strutynski <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/60/strutynski2.html>

Labournet

„Frontbericht“ aus Strasbourg: Die NATO-Gipfelstadt im Ausnahmezustand, von Bernard Schmid 6.4.2009 <http://www.labournet.de/krieg/nato09bs.html>

Strasbourg an den Tagen danach: Die Polemik um die Polizeitaktik und „Strategie der Spannung“ dauert an, von Bernard Schmid 9.4.2009 <http://www.labournet.de/krieg/nato09bs3.html>

Arbeiterfotografie

<http://www.arbeiterfotografie.de/galerie/reportage-2009/index-2009-04-02-05-baden-baden-kehl-strassburg-nato-auswahl.html>